

Delegierte der Bundesjugendkonferenz 2018 debattierten über „Behinderung im Familienleben“

Resolution fordert bessere Unterstützung

Am ersten Mai-Wochenende fand in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin die Bundesjugendkonferenz der SoVD-Jugend 2018 statt. Die Delegierten diskutierten zum Thema „Behinderung im Familienleben – endlich Unterstützung gewähren!“. Sie behandelten 20 sozialpolitische und sechs organisatorische Anträge und verabschiedeten eine Resolution an Politik und Gesellschaft.

„Das Thema ‚Behinderung im Familienleben‘ gerät viel zu oft in den Hintergrund“, sagte Frauensprecherin Edda Schliepack in ihrem Grußwort des SoVD-Präsidiums. „Aber Familien mit Behinderung sind nicht weniger normal als solche, die ohne Beeinträchtigung leben.“ Eltern mit Behinderungen sollten unterstützt werden, den Alltag mit Kind selbstbestimmt zu gestalten. Als wichtige Schlagworte nannte

sie Elternassistenten und unterstützte Elternschaft. „Durch das Bundesteilhabegesetz wird die Assistenz für Eltern mit Behinderungen mit Geltung ab 2018 erstmalig ausdrücklich benannt!“, so Schliepack.

Auch Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke lobte das Engagement der in der SoVD-Jugend aktiven jungen Menschen: „Eine Organisation wie die SoVD-Jugend ist einzigartig bei Sozialverbänden.

Ihr seid ein junger, mutiger Verband!“ Sie dankte allen an der Organisation der Bundesjugendkonferenz Beteiligten, insbesondere Dr. Simone Real (Referentin) und Kevin Pusch (Bundesjugendsekretariat), die Ansprechpartnerin und Ansprechpartner für die Belange der SoVD-Jugend in der Bundesgeschäftsstelle sind.

Die Delegierten diskutierten sehr rege über 20 sozialpolitische und sechs organisatorische Anträge. Dabei sprachen sie sich für Formulierungen in leichter Sprache aus.

Vorgeschlagene Richtlinienänderungen bezüglich des Alters von Funktionsträgern (bis 35 Jahre) oder Begrenzungen der Amtsperioden (auf zwei Jahre) lehnte die Mehrheit der Delegierten ab.

In den Bundesjugendvorstand wurden gewählt: Sebastian Freese (stellvertretender Bundesjugendvorsitzender), Andreas Hupe (Schatzmeister), Sabrina Struck (Schriftführerin), Alexander Menzel (Beisitzer) und Benedict Schmidt (Vertreter des gewählten Landesgremiums in Niedersach-



Foto: Laurin Schmid

Dr. Simone Real (re.) und Kevin Pusch (2. v. li.) überreichten dem bisherigen Bundesjugendvorsitzenden Sönke Franz (li.) und dem stellvertretenden Vorsitzenden Sebastian Freese (Mitte) Blumen.

sen). „Wir werden die Arbeit fortsetzen“, kündigte Sebastian Freese (Schleswig-Holstein) an und dankte dem bisherigen Bundesvorsitzenden Sönke Franz (Niedersachsen) für dessen fünfjährige, engagierte Amtszeit. Als einer der künftigen Themenschwerpunkte wurde Barrierefreiheit benannt.

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz der SoVD-Jugend 2018 verabschiedeten eine Resolution, in der sie „Politik und die gesamte Gesellschaft, ganz besonders aber die Bundesregierung“ auffordern, „dafür zu sorgen, dass

Unterstützungsleistungen für behinderte Eltern und Eltern mit behinderten Kindern flächen- und bedarfsdeckend angeboten werden“.

Die SoVD-Jugend fordert in der Resolution Angebote der Frühförderung, inklusive Kitaangebote, das Recht auf inklusive Schule, die unproblematische Sicherstellung notwendiger Schulassistenten und inklusive Ganztagsangebote. Da Kinder und Jugendliche mit Behinderung deutlich häufiger in Ein-Elternteil-Familien aufwachsen, gehörten diese in den besonderen Fokus. *dam*



Illustration: Matthias Herrndorff

Auf der Bundesjugendkonferenz der SoVD-Jugend 2018 wurde intensiv über „Behinderung im Familienleben“ diskutiert.



Über die Arbeit des Deutschen Behindertenrates – SoVD hat 2018 Vorsitz

Neues aus dem DBR-Sekretariat



Der SoVD setzt sich für Menschen ein – auch im Deutschen Behindertenrat (DBR)! Wir berichten fortlaufend Auszüge aus dessen Arbeit. Denn alle vier Jahre übernimmt der SoVD den Vorsitz, leitet das Sekretariat des DBR-Sprecherrates;

2018 ist wieder SoVD-Präsident Adolf Bauer Vorsitzender. In dem Aktionsbündnis sind rund 140 Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen vereint. Es existiert seit 1999 und repräsentiert über 2,5 Millionen Betroffene.

Der DBR setzt die Gespräche mit der Politik fort. Auch mit dem Bundeskanzleramt ist für den 20. September ein Termin vereinbart. Mit Kanzleramtschef Dr. Helge Braun will der Sprecherrat dann behindertenpolitische Themen diskutieren.

Behindertenbeauftragter

Nicht nur den neuen Ministerinnen und Ministern gratulierte der DBR zum Amt; auch dem neuen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Jürgen Dusel. Auch regte der DBR ein Gespräch an, aufbauend auf den Positionen zu den Koalitionsverhandlungen. Dusel war vorher Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg.

Europäischer Protesttag

Zum jährlichen Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5.

Mai veröffentlichte der DBR eine Pressemitteilung. Darin betonte er die menschenrechtliche Perspektive von Behindertenpolitik und wies auch auf die UN-Staatenprüfung hin.

UN-Behindertenkonvention

Denn dieses Jahr steht die zweite Prüfung der Vereinten Nationen an: Wie setzen die einzelnen Staaten die Behindertenrechtskonvention (BRK) um? Der DBR bringt sich ins Verfahren ein. Die Mitgliedverbände schlugen Prüfungsfragen für Deutschland vor. Das BRK-Kernteam des DBR trifft eine Auswahl, übersetzt sie und schickt sie nach Genf zum UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der entscheidet über die Fragen und führt die Prüfung durch. Das Kernteam erstellt auch einen Kurzbericht. Basierend auf den Ergebnissen der



Foto: cherry_d/fotolia

Bei Internetseiten und „Apps“ gibt es viele Barrieren.

ersten Prüfung 2015 zeigt, was sich seitdem in Deutschland getan hat; Fort- wie Rückschritte.

Digitale Barrierefreiheit

Deutschland muss bis September die EU-Richtlinie für

barrierefreie Webseiten und mobile Anwendungen öffentlicher Stellen umsetzen. Über den Gesetzentwurf wurde jetzt erstmals im Bundestag beraten. Der DBR kritisierte die deutsche Umsetzung; Sie schöpfe das Potenzial der Richtlinie nicht aus, es drohten gar Verschlechterungen. Denn sie ermögliche viele Ausnahmen. Das stelle schon bestehende Standards infrage.

UN-Frauenkonvention

Der DBR gab für den UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau eine Wahlempfehlung ab: Er schrieb an Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) und unterstützt Ana Peláez Narváez, Vizepräsidentin des European Disability Forum (EDF). Sie kandidiert für einen Sitz im CEDAW-Komitee. CEDAW („Convention on the Elimination of All Forms of Discrimi-

nation Against Women“) ist die UN-Frauenkonvention.

Bürgerfest in Bellevue

Für den 7. September lädt der Bundespräsident zum jährlichen Ehrenamtsfest in den Park des Schlosses Bellevue ein. Der DBR darf wieder zehn ehrenamtlich Engagierte aus seinen Mitgliedverbänden als Gäste vorschlagen. Diese nannte er nun dem Bundespräsidialamt.



Das DBR-Sekretariat 2018: Deutscher Behindertenrat, c/o Sozialverband Deutschland (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de, Projektassistenz: Anna John, Tel.: 030/726222-123.